



An den Grossen Rat

23.5063.02

FD/P235063

Basel, 5. April 2023

Regierungsratsbeschluss vom 4. April 2023

Interpellation Nr. 18 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend «Public-Private-Pay-Gap im Kanton Basel-Stadt»

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 15. März 2023)

«In der neuen Studie «Lohnprämie für Staatsangestellte: Verwaltungslöhne unter der Lupe» des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität Luzern belegt unter anderem der Basler Ökonom Christoph Schaltegger den in der Schweiz existierenden Public-Private-Pay-Gap. Dessen Existenz zeigt auf, dass bei Arbeitskräften mit gleichen Merkmalen, das heisst mit gleichem Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund, Pensum etc. eine signifikante Lohndifferenz zwischen den Löhnen beim Staat und den Löhnen in der Privatwirtschaft bestehen. Die Studie kommt zum Schluss, dass Angestellte der Bundesverwaltung im Schnitt 11,6 Prozent mehr verdienen als ihre «statistischen Zwillinge» in der Privatwirtschaft. In den Kantonsverwaltungen liegt die Differenz laut Studie bei 4,3 Prozent.

In einem Interview mit der BaZ vom 9. Februar 2023 (<https://www.bazonline.ch/halloplanwirtschaft-einflussreicher-oekonom-kritisiert-staatliche-dominanz-667310725066>) bezeichnet Christophe Schaltegger diesen unbegründeten Lohnunterschied als eine zentrale Ursache für den Fachkräftemangel. Dieser existiere vor allem bei den KMU, wie er im Interview betont. Denn die KMU können nicht mit den Löhnen in der Verwaltung mithalten, was die Arbeitskräfte von der Privatwirtschaft hin zur Verwaltung verschiebe. Weil der Staat kaum durch Budgetrestriktionen beschränkt sei und dadurch kaum Effizienzanreize bestünden, sässe der Staat gegenüber der Privatwirtschaft am längeren Hebel. Damit könne systematisch mit hohen Löhnen um die besten Arbeitskräfte geworben werden. Dies verzerrt laut Christophe Schaltegger den Wettbewerb.

Vor diesem Hintergrund und in diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie gross ist der Public-Private-Pay-Gap im Kanton Basel-Stadt?
2. Wie ordnet der Regierungsrat die Schlussfolgerung der Studie ein, die besagt, dass die hohen Löhne des Staats starken Druck auf die Privatwirtschaft ausüben?
3. Sieht der Regierungsrat darin ebenfalls einen Grund für den Fachkräftemangel?
 - a. Wenn ja, welche Lösungsansätze sieht der Regierungsrat?
 - b. Wenn nicht, warum nicht?

Studie: Blümel F. & Portmann M., Schaltegger C. (2023). Lohnprämie für Staatsangestellte: Verwaltungslöhne unter der Lupe. IWP Policy Papers. <https://admin.iwp.swiss/wp-content/uploads/2023/02/Lohnanalyse-oeffentliche-Verwaltung-IWP-Policy-Paper-2023.pdf>

Nicole Strahm-Lavanchy»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. *Wie gross ist der Public-Private-Pay-Gap im Kanton Basel-Stadt?*

Ob im Kanton Basel-Stadt ein Public-Private-Pay-Gap besteht, ist nicht bekannt. Die in der Interpellation erwähnte Studie «Lohnprämie für Staatsangestellte: Verwaltungslöhne unter der Lupe» des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität Luzern kommt lediglich zum Schluss, dass - gesamtschweizerisch betrachtet - zwischen den Kantonsverwaltungen und der Privatwirtschaft eine unerklärte Lohndifferenz von durchschnittlich 4.3 Prozent bestehe. Aus der Studie kann nicht abgeleitet werden, dass Mitarbeitende beim Kanton Basel-Stadt tatsächlich mehr verdienen als ihre «statistischen Zwillinge» in der Privatwirtschaft. Es ist generell umstritten, ob die in der erwähnten Studie angewandte Methodik und Wahl der Datengrundlage für aussagekräftige Lohnvergleiche geeignet sind (vgl. dazu die Antwort des Bundesrates vom 6. März 2023 auf eine ähnliche Anfrage¹).

2. *Wie ordnet der Regierungsrat die Schlussfolgerung der Studie ein, die besagt, dass die hohen Löhne des Staats starken Druck auf die Privatwirtschaft ausüben?*

In der Studie werden - gesamtschweizerisch betrachtet - unerklärte Lohnunterschiede zwischen der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft aufgezeigt. Ob diese Lohnunterschiede tatsächlich Druck auf die Privatwirtschaft ausüben, wird in der Studie nicht untersucht, sondern unter Berufung auf Studien aus OECD-Ländern lediglich vermutet.

Die Studie kommt zum Schluss, dass die Differenz zwischen den Löhnen der kantonalen Verwaltungen bzw. Gemeinden und der Privatwirtschaft 4.3 bzw. 3.4 Prozent betrage. Die Lohndifferenzen sind somit gering. Daraus schliesst der Regierungsrat, dass selbst wenn solche Lohndifferenzen im Kanton Basel-Stadt bestehen sollten (was nicht belegt ist), diese aufgrund der Geringfügigkeit keinen wesentlichen Druck auf die Privatwirtschaft ausüben und zu keiner Verzerrung des fairen Wettbewerbs führen würden.

Zudem gilt es zu beachten, dass sich die Wirtschaftsstruktur des Kantons Basel-Stadt vom Schweizer Durchschnitt unterscheidet: Grossunternehmen nehmen im Kanton eine starke Stellung auf dem Arbeitsmarkt ein, KMU sind relativ gesehen weniger vertreten. Entsprechend konkurriert der Kanton stärker als andernorts in der Schweiz mit Grossunternehmen, die tendenziell höhere Löhne zahlen. Für die Sicherstellung eines modernen Service Public ist der Kanton auf talentierte Fachkräfte angewiesen. Es ist deshalb wichtig, dass der Kanton als Arbeitgeber über zeitgemässen Anstellungsbedingungen verfügt und konkurrenzfähige Löhne bezahlt.

3. *Sieht der Regierungsrat darin ebenfalls einen Grund für den Fachkräftemangel?*

- a. *Wenn ja, welche Lösungsansätze sieht der Regierungsrat?*
- b. *Wenn nicht, warum nicht?*

Soweit ersichtlich, bezieht sich diese Frage auf den in der Interpellation erwähnten Fachkräftemangel bei den KMU. Vom Fachkräftemangel sind die kantonalen Verwaltungen, der Bund und die Privatwirtschaft gleichermaßen betroffen. Dass die Nachfrage nach Fachkräften aktuell grösser ist als das Angebot, beruht auf verschiedenen Ursachen. Als Gründe hierfür gelten insbesondere die demographische Entwicklung, die starke wirtschaftliche Entwicklung und entsprechende Nachfrage nach Arbeitskräften sowie der Strukturwandel, welcher die Nachfrage nach bestimmten Profilen verstärkt. Demgegenüber hat die in der Studie ausgewiesene gesamtschweizerische Lohndifferenz zwischen den kantonalen Verwaltungen und der Privatwirtschaft aus Sicht des Regierungsrates keinen wesentlichen Einfluss auf den Fachkräftemangel bei den KMU, da diese Lohndifferenz gering ausfällt.

¹ 23.7037 | Hohe Löhne der Bundesangestellten | Geschäft | Das Schweizer Parlament

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin